

„Nationale Traditionen unseres Volkes“
Anspruch und Wirklichkeit des Antifaschismus in der DDR*

von JOACHIM TORNAU, Göttingen

Das Verhältnis der Linken zum real-existierenden Sozialismus und zur gewesenen DDR zeichnet sich vor allem durch Unreflektiertheit aus. Das monumentale Buchenwald-Denkmal findet sich als Plakatmotiv, auf Demonstrationen flattert fast immer die eine oder andere DDR-Fahne, und auf Büchertischen lassen sich - in besonders krassen Einzelfällen - gar Schriften über „Stalins Kampf gegen den Tito-Revisionismus“ erwerben. Ob das immer und unbedingt eine Identifikation mit dem Staat DDR bedeuten muß, sei dahingestellt. Sicher aber ist, daß mit Kritik am real-existierenden Sozialismus in solchen Fällen nicht gerechnet werden kann.

Doch nicht nur in den Kreisen der Linken, die der DDR mehr oder minder offene Sympathie entgegenbringen, mangelt es an einer kritischen Auseinandersetzung. Die Gründe dafür können vielschichtig sein - sei es die Schwierigkeit des Eingeständnisses, daß es (nach 1945!) womöglich einen noch unerfreulicheren deutschen Staat als die BRD gegeben haben könnte, sei es ein Denken im erschreckend schlichten „Der-Feind-meines-Feindes-ist-mein-Freund“-Schema oder sei es eben doch ein überzeugtes Bekenntnis zur DDR und ihrem Gesellschaftsmodell. Ein entscheidendes Element, das die Bewertung der DDR für die Linke so problematisch macht, ist sicherlich das Selbstverständnis der DDR als „Antifaschistischer Staat“. Einen Staat zu verurteilen, der den Antifaschismus zu seiner obersten Leitlinie erhebt, erscheint vielen Linken - nicht zu Unrecht - als ein Untergraben der eigenen Position. Was dabei in der Regel allerdings unhinterfragt bleibt, ist die Wirklichkeit dieses antifaschistischen Anspruchs, ist der reale Gehalt der wohlklingenden Phrasen vom „ausgerotteten“ Nazismus und Militarismus. Dieser Artikel ist der Versuch, anhand des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in der DDR und der Frage nach dem Weiterleben nationalistisch-chauvinistischer und antisemitischer Argumentationsmuster ein etwas detaillierteres und kritischeres Bild des DDR-Antifaschismus zu zeichnen.

* Erstveröffentlichung in: Calcül. Zeitschrift für Wissen und Besserwissen, hrsg. von der Basisgruppe Geschichte Göttingen, Nr. 4, November 1996.

Die herrschende Lehre

Von der herrschenden Lehre in der BRD werden bezüglich der DDR, vereinfacht gesagt, zwei Dinge versucht nachzuweisen: die Ähnlichkeit von Faschismus und Realsozialismus (im Sinne eines mehr oder minder platten Totalitarismus) und - eng damit verbunden - die Verwerflichkeit von Ideologien. Bestimmt wird diese Betrachtungsweise von zwei Grundannahmen: der grundsätzlichen Überlegenheit des westlichen Systems und des ideologiefreien Charakters des Kapitalismus und aller seiner Spielarten¹. Angewandt auf den DDR-Antifaschismus bedeutet das: Er war nichts anderes als pure Ideologie, nicht sein Inhalt war entscheidend, sondern seine Funktion als Lieferant der höheren Weihen, die ein totalitärer Staat als Fundament benötigt. Daß es im folgenden nicht darum gehen kann, diese konservative Kritik des DDR-Antifaschismus nachzubeten, versteht sich von selbst: Was es braucht, ist nicht die oberflächliche, alles vom Tisch wischende Verdammung in Bausch und Bogen, die die herrschende Betrachtung des Antifaschismus (wie der ganzen DDR) bestimmt, sondern eine differenzierte und kritische Auseinandersetzung aus linker Perspektive.

Und das bedeutet: Es geht um die Inhalte. Es geht darum, den Anspruch des Antifaschismus ernstzunehmen und mit der Wirklichkeit zu konfrontieren und nicht - wie die herrschende Lehre - bereits den bloßen Anspruch als Ideologie und Phrase zu verteufern. Und das bedeutet auch, daß der Vergleichswert bei der Betrachtung und Bewertung der DDR in allererster Linie die historisch parallele Entwicklung der BRD sein muß und eben nicht das „Dritte Reich“.

Das westliche Modell der „Vergangenheitsbewältigung“

Daß der Umgang mit der NS-Vergangenheit zu den vielen Dingen gehört, bei denen sich die BRD alles andere als Ruhmesblätter verdient hat, ist bekannt. Sowohl in der

¹ In Reinkultur zu beobachten war das beim „41. Deutschen Historikertag“ vom 17.-20.9.1996 in München bei einer Sektion zum Thema „Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. Nationalsozialismus, Bundesrepublik und DDR im Vergleich“ (Leitung: Hans Günther Hockerts aus München), die sich letztlich darauf beschränkte, das bundesdeutsche Modell in Abgrenzung zu NS und DDR kritiklos zu bestätigen.

Frühzeit, als auch in späteren Jahren - bis heute eigentlich - bestimmten Verdrängung und die Sehnsucht nach dem Schlußstrich das Verhältnis der Bundesdeutschen zu ihrer Vergangenheit. Die Entnazifizierung verlief halbherzig bzw. fand in manchen Bereichen (wie der Justiz) gar nicht erst statt - personelle Kontinuitäten zwischen Nationalsozialismus und BRD waren dicht gesät, in Globke, Kiesinger oder Filbinger fanden sie ihre prominentesten und spektakulärsten Fälle. Die Rolle von Großindustrie und Großbanken blieb unthematziert, ohne Probleme vermochten sowohl die einzelnen Konzerne des Zyklon-B-Lieferanten IG Farben, als auch die eng mit den Nazis verwickelten Banken wie die Deutsche oder die Dresdner Bank nach 1945 ihre Größe und ihren Einfluß bewahren. Und schließlich konnte auch und gerade von einem konsequenten Bruch mit allen Teilen der NS-Ideologie im Westen nicht die Rede sein - als Stichworte seien nur der vehemente Antikommunismus des Kalten Krieges, das Beharren auf den Grenzen Großdeutschlands oder das bis heute im Grundgesetz verankerte völkische Prinzip der Staatsangehörigkeit genannt. Mit einem Wort: Was auch immer eine Untersuchung des antifaschistischen Anspruchs der DDR zutage fördern sollte - von einer Überlegenheit des westlichen Systems kann in diesem Punkt auf keinen Fall die Rede sein.

Aber: Aller Unterschiede zwischen Ost und West, zwischen Real-Sozialismus und Kapitalismus zum Trotz lassen sich im Umgang mit der NS-Vergangenheit überraschende - und erschreckende - Ähnlichkeiten zwischen DDR und BRD feststellen.

Entnazifizierung oder Integration?

Die Entnazifizierung wurde in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) sehr entschieden angegangen. Zwischen 1945 und 1948, als der SMAD-Befehl Nr. 35 (so früh wie in keiner anderen Besatzungszone übrigens) das Ende der Entnazifizierungsmaßnahmen dekretierte, wurden 520.000 ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen aus ihren Positionen entlassen - insbesondere in den sensiblen Bereichen der Justiz, der Verwaltung und des Erziehungswesens. Dieser Austausch der Eliten fand seine Ergänzung in der Bodenreform, den Enteignungen und der Verstaatlichung der Großindustrie - Neuordnungs-Maßnahmen, die sich, auch ohne die ökonomistische

Faschismustheorie Dimitroffs zugrundelegen, durchaus als strukturelle Entnazifizierung verstehen lassen.

Doch so rigoros und konsequent diese Maßnahmen anmuten mögen - die Politik der SED verfolgte gleichzeitig auch eine andere Linie: die der Integration ehemaliger „kleiner“ Nazis in den neuen Staat. Bereits ein Jahr nach Kriegsende öffnete sich die SED für die OpportunistInnen und MitläuferInnen, die nur nominell, aber nicht aktiv Mitglied der Nazi-Partei gewesen waren²; zwei Jahre später, im Juni 1948, wurde die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) als weitere Blockpartei neben CDU und LDPD gegründet, um in verschärft nationalem und nationalistischem Ton - „Deutschland den Deutschen!“ - erfolgreich vor allem um frühere Nazis werben zu können³. 1949 und 1952 schließlich beseitigten Gesetze die letzten Barrieren, die einer vollständigen Integration noch im Wege standen - die Notwendigkeit der Einbindung aller BürgerInnen in den neuen Staat rangierte endgültig vor der konsequenten Entnazifizierung⁴. Das Ergebnis spricht für sich: Mitte der 50er Jahre erreichte die Anzahl ehemaliger Nazis in den Reihen der SED je nach Bezirk Werte zwischen 15 und 50%.⁵

Die Führungspositionen in der Politik allerdings waren weiterhin (und bis zum Ende der SED-Regierung) beinahe ausschließlich von Personen besetzt, die dazu durch ihre unlegbar antifaschistische Vergangenheit legitimiert waren. Gleichzeitig aber erlaubte es diese Integrationspolitik auch alten Nazis, die mehr als rein passiv gewesen waren, zu Amt und Würden aufzusteigen (auch wenn das natürlich nicht das intendierte Ziel war): 900 Namen von ehemaligen Nazis in führenden Positionen enthält das „Braunbuch DDR“, das 1981 in der Bundesrepublik als Replik auf die diesbezüglichen Vorwürfe der DDR gegenüber der BRD erschien⁶. Nicht alle davon waren so grotesk wie der Fall des

² Vgl. SED und nominelle Pgs (Beschluß des Parteivorstandes der SED vom 20.6.1946), in: DOKUMENTE DER SED, Bd. I, Berlin (DDR) 1951, S. 52f.

³ Zitat aus dem Programm der NDPD vom Juni 1951, zit. nach Thomas ASSHEUER/Hans SARKOWICZ, Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte, 2. Aufl., München 1992, S. 112. Zur NDPD vgl. ebd., S. 111-113; Jürgen DANYEL, Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, S. 43f., in: DERS. (Hg.), Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 31-46.

⁴ zu den Gesetzen über den „Erlaß von Sühnemaßnahmen“ (1949) und die „staatsbürgerlichen Rechte“ (1952) ehemaliger Nazis und Wehrmachtangehöriger vgl. J. DANYEL, Gründungskonsens, S. 42f.

⁵ Zahlen nach Ilko-Sascha KOWALCZUK, So Endet Deutschland: Der Demokratische Neuanfang und die SED bis 1955 (Vortrag am 19.9.1996 beim „41. Deutschen Historikertag“ in München).

⁶ Olaf KAPPELT (Hg.), Braunbuch DDR. Nazis in der DDR, Berlin 1981.

Generalmajors der Wehrmacht Arno von Lenski, der als ehrenamtlicher Beisitzer an Todesurteilen des Volksgerichtshofs beteiligt gewesen war, sich in sowjetischer Gefangenschaft dem Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) angeschlossen hatte, um schließlich in der DDR Polizei- und Militäreinheiten aufzubauen und 1958 mit der „Medaille der Kämpfer gegen den Faschismus“ geehrt zu werden⁷.

Die Frage der Schuld

Die Sehnsucht nach einem Schlußstrich, die sich in diesem Umgang mit ehemaligen Nazis ausdrückt, fand ihre ideologische Unterfütterung im Umgang mit der Schuldfrage in der DDR. Während im Westen die Schuld für die Nazi-Verbrechen einseitig der Person Hitler (und seinem engeren Umfeld) angelastet wurde, wurde sie in der DDR im Sinne der Dimitroffschen Faschismustheorie - Faschismus als die „offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ - einseitig dem Monopolkapital zugeschrieben. Der Effekt - die Entlastung der Bevölkerung - war derselbe.

Doch das war nicht von Anfang an so: Die zweite Hälfte der 40er Jahre war noch von einem unzweideutigen Bekenntnis zur (Mit-)Schuld aller Deutschen geprägt; die aus dieser Verantwortung abgeleitete Verpflichtung zu Entnazifizierung und Wiedergutmachung zieht sich als roter Faden durch die politischen Aufrufe, Reden und Beschlüsse der Jahre 1945/46 in der SBZ und fand auch Eingang in die auf dem Vereinigungsparteitag von KPD und SPD 1946 beschlossenen „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“⁸.

Der Prozeß zur Entschuldung der Vergangenheit setzte erst 1949 durch Stalins Glückwunschtelegramm zur DDR-Gründung ein, in dem es hieß: „Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche Volk und das sowjetische Volk in diesem Krieg die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Poten-

⁷ Vgl. Dietrich STARITZ, Was war. Historische Studien zu Geschichte und Politik der DDR, Berlin 1994, S. 194.

⁸ Vgl. Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Beschuß des Vereinigungsparteitags vom 21.4.1946), in: DOKUMENTE DER SED, Bd. I, Berlin (DDR) 1951, S. 5-10, vor allem S. 6 und 8.

zen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung [womit im Falle Deutschlands wohl nicht Shoah und Weltkrieg gemeint sind - Anm. d. Verf.] besitzen“⁹.

Von nun an verschob die DDR sich und ihre Bevölkerung in kleinen Schritten von der TäterInnen- auf die Opfer- und schließlich gar auf die SiegerInnen-Seite. Es dauerte aber immerhin bis 1975, bis - konsequenterweise - der 8. Mai umbenannt wurde vom „Tag der Befreiung“ in „Tag des Sieges und der Befreiung“ und Erich Honecker eine Sprachregelung fand, die sprichwörtlich wurde: „Mit vollem Recht können wir heute sagen: Der 30. Jahrestag der Befreiung sieht uns alle, die Arbeiterklasse, die Genossenschaftsbauern, die wissenschaftliche und künstlerische Intelligenz sowie die Soldaten der Deutschen Demokratischen Republik bei den Siegern der Geschichte.“¹⁰ Spätestens diese Definition bedeutete den Freispruch der DDR-Bevölkerung von jeder Schuld und damit den Schlußstrich unter die Vergangenheit.

Die zahlreichen „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ und die noch zahlreicheren öffentlichen Gedenkveranstaltungen stellten dazu keinen Widerspruch dar. Denn sie wurden bestimmt von Ritualen und Symbolen - erkennbar beispielsweise an der monumentalen Denkmalsarchitektur der Gedenkstätten, die den eigentlichen Ort überlagerte und damit eine Auseinandersetzung mit konkreten Ereignissen und Personen unnötig machte - sowie von einer Heroisierung und Überbetonung des antifaschistischen (d.h. in erster Linie des kommunistischen) Widerstands¹¹.

So paradox es klingen mag: Die allgegenwärtige, aber eben „weitgehend abstrakte und entdifferenzierte Erinnerung“¹² an die Vergangenheit gab Hilfestellung zum Verdrängen und Vergessen, die Betonung des Antifaschismus wurde zum Freispruch für ehemalige Mitglieder und AnhängerInnen der NSDAP. Doch nicht nur diese Verwendung als Integrationsangebot unterhöhlte den Anspruch des DDR-Antifaschismus, sondern auch die gleichzeitige Weiterverwendung chauvinistischer Argumentationsmuster durch die DDR-Regierung. Entgegen der Erfolgsmeldung in der zweiten Verfassung der

⁹ Telegramm J.W. Stalins zur Gründung der DDR, S. 164, in: Hermann WEBER (Hg.), DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, 1945-1985, München 1986, S. 163f.

¹⁰ Erich HONECKER, Der Siegeszug des Sozialismus prägt den Gang der Geschichte, S. 413f., in: DERS., Reden und Aufsätze, Bd. 3, Berlin (DDR) 1976, S. 412-415 (Hervorhebung J. Tornau).

¹¹ Vgl. J. DANYEL, Gründungskonsens, S. 38-40; Günter MORSCH, Von Denkmälern und Denkmalen. Von Gedenkstätten und Zeithistorischen Museen, S. 182-184, in: J. DANYEL, Geteilte Vergangenheit, S. 181-186.

DDR - „Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des Volkes und den internationalen Verpflichtungen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet.“¹³ - waren die verschiedenen Grundlagen und Elemente der NS-Ideologie in der DDR keineswegs verschwunden. Am Beispiel von Nationalismus und Antisemitismus soll das im folgenden belegt werden.

Nationalismus

Nationalismus galt in der DDR als „bürgerliche Ideologie und Politik“, deren Ursprung und Ziel im ökonomischen Gewinnstreben der Bourgeoisie gesehen wurde¹⁴. Nichtsdestoweniger aber verstand sich die DDR national.

Um sich vom bürgerlichen Nationsverständnis abzugrenzen, wurde „Nation“ im sozialistischen Sinne umbewertet: „Nation“ wurde zur Einheit der Werktätigen definiert, „nationale Politik“ wurde zum Synonym für eine Politik, die die Interessen dieser Werktätigen vertreten sollte. Bereits unmittelbar nach dem Ende des Nationalsozialismus, der nationale Rhetorik eigentlich nachhaltig diskreditiert hatte, konnte „Nation“ damit wieder positiv besetzt werden¹⁵.

Zugleich aber behielt - gemäß Stalins Nationskonzept von 1913 - auch die ethnische Zusammengehörigkeit als Kriterium der Nationsbildung Gültigkeit. Auch wenn dies dem gepflegten Ideal des proletarischen Internationalismus widersprach, wurde dadurch die Forcierung eines Nationalbewußtseins ermöglicht, das alles andere als frei war von nationalistischen Denkmustern. Durch die Anerkennung der Bedeutung ethnischer Faktoren für die Nationsbildung war Denken in nationalen Stereotypen nicht nur möglich, sondern auch legitimiert: Ein Sample von Eigenschaften wie Arbeitsethos, Betriebsverbundenheit, Berufsstolz, Bescheidenheit, Korrektheit, Sparsamkeit und Ordnung erfreute

¹² J. DANYEL, Gründungskonsens, S. 38.

¹³ Art. 6, Abs. 1 der DDR-Verfassung vom 6. April 1968 bzw. 7.10.1974.

¹⁴ Vgl. Alfred KOSING, Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin (DDR) 1985, S. 365f.

¹⁵ Geradezu idealtypisch wird diese Umwertung deutlich im Brief des ZKs zum 15. Jahrestags des Kriegsendes, in dem es über den antifaschistischen Widerstand heißt: „Gegen die antinationale Politik des Militarismus erhob sich die nationale Front des Friedens“ (Brief des ZKs zum 15. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus, S. 54, in: DOKUMENTE DER SED, Bd. VIII, Berlin 1960, S. 50-62). Es mutet allerdings schon etwas kurios an, wenn ausgerechnet der Nationalsozialismus als „antinational“ deklariert wird.

sich als Definition des deutschen „Nationalcharakters“ großer Beliebtheit. Verknüpft mit dem Stolz darauf, der wirtschaftlich erfolgreichste der sozialistischen Staaten zu sein, und der postulierten Abgrenzung von anderen Staaten als Grundlage der Identitätsbildung, bedeutete das nichts anderes als klassischen (Wohlstands-)Chauvinismus¹⁶.

Darüber hinaus scheute sich die DDR nicht, sich zu ihrer eigenen Legitimation positiv auf eine nationalistisch aufgeladene Vergangenheit zu beziehen. Eine zentrale Rolle spielten dabei die Befreiungskriege gegen die napoleonische Herrschaft, denen regelmäßig am (kaiserzeitlichen) monumentalen Völkerschlachtdenkmal in Leipzig gedacht wurde. Sie wurden zur „großen nationalen Erhebung“ und ihre deutsch-russische Waffenbrüderschaft zur Vorläuferin der deutsch-sowjetischen Freundschaft stilisiert, preußische Generale wie Gneisenau, Scharnhorst und Clausewitz wurden zusammen mit „viele[n] andere[n], deren Namen mit ehernen Buchstaben in das Gebäude der deutschen Geschichte eingemeißelt sind“ zu den „Ahnen“ der deutschen Arbeiterbewegung und damit der DDR erklärt¹⁷. Zu diesen „Ahnen“ zählten auch so zweifelhafte Figuren wie Ernst Moritz Arndt, dessen Schriften vom Anfang des 19. Jahrhunderts maßgeblich dazu beitrugen, die völkisch-nationale Konzeption des „deutschen Volks“ zu etablieren¹⁸.

Die Wahl Berlins als Hauptstadt der DDR sollte ausdrücklich an die Tradition als Reichshauptstadt anknüpfen¹⁹, die Gestaltung der Uniformen der Nationalen Volksarmee orientierte sich am Vorbild der deutschen Wehrmacht, die noch ein gutes Jahrzehnt zuvor einen barbarischen Vernichtungskrieg gegen fast alle europäischen Staaten geführt hatte²⁰ - als Begründung ließ Willi Stoph, damals Minister für Nationale Vertei-

¹⁶ Die Abgrenzung auch zu sozialistischen Staaten wurde teilweise sogar über das internationalistische Ideal gestellt! (Vgl. auch Irma HANKE, Sozialistischer Neohistorismus? Aspekte der Identitätsdebatte in der DDR, S. 69f., in: Gert-Joachim GLAEBNER, Die DDR in der Ära Honecker, Politik - Kultur - Gesellschaft, Opladen 1988, S. 56-76).

¹⁷ Vgl. Albert NORDEN, Das Volk stand auf und siegte. Rede in Leipzig anlässlich der 150-Jahr-Feier der Völkerschlacht, S.505-508, in: DERS. (Hg.), Die Nation und wir. Ausgewählte Reden und Aufsätze. 1933-1964, Bd. 2, Berlin (DDR) 1965, S. 505-513.

¹⁸ Vgl. z.B. Lutz HOFFMANN, Das deutsche Volk und seine Feinde. Die völkische Droge - Aktualität und Entstehungsgeschichte, Köln 1994.

¹⁹ Vgl. Albert NORDEN, Ausschließlich für deutsche Interessen. Rede im Berliner Rundfunk (4.10.1949), S.448-449, in: DERS., Reden und Aufsätze, Bd.1, S. 448-450.

²⁰ Vgl. Hannes HEER/Klaus NAUMANN (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944, Hamburg 1995. Als knappgefaßten Überblick: „TEUFEL IN MENSCHENGESTALT“. Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht und Traditionspflege der Bundeswehr, in: calcül. Zeitschrift für Wissen und Besseres, hrsg. von der Basisgruppe Geschichte Göttingen, Nr. 1/2 (Juli 1995), S. 14-24.

digung, verlauten, daß „unsere Nationale Volksarmee Uniformen tragen wird, die den nationalen Traditionen unseres Volkes entsprechen“²¹.

Schon aus diesen wenigen Beispielen wird deutlich, daß die Nation - neben Antifaschismus und Sozialismus - die Hauptlegitimationsbasis der DDR war. Der dabei mehr oder weniger direkt vertretene Chauvinismus ließ alle Bestrebungen, den Begriff der „Nation“ umzudeuten und progressiv zu wenden, ins Leere laufen - was in der DDR gepflegt wurde, war schlicht und einfach klassischer Nationalismus.

Antisemitismus

„Der Zionismus herrscht in Prag“ überschrieb das Neue Deutschland 1968 einen Artikel über die Ereignisse des Prager Frühlings und ließ damit ein Feindbild erkennen, das die DDR zeit ihres Bestehens gepflegt hat: den Zionismus. In der Lesart der DDR-Führung war Zionismus gleichbedeutend mit (amerikanischem) Imperialismus und Rassismus und demzufolge mit allen Mitteln zu bekämpfen. Daß der aus dieser Position unweigerlich resultierende Antizionismus das Verhältnis der DDR zum jüdischen Teil ihrer Bevölkerung wie zum Staat Israel maßgeblich beeinflusste, liegt auf der Hand - auch wenn dank der eigenwilligen und weitgefaßten Definition bei weitem nicht nur Jüdinnen und Juden dem Zionismus-Vorwurf ausgesetzt waren.

Antisemitismus und Antizionismus sind nicht dasselbe, das muß festgehalten werden. Sie sind jedoch eng miteinander verwandt, wie nicht zuletzt das Weiterleben antisemitischer Klischees und Argumente in der DDR und ihrer antizionistischen Politik bestätigt.

Von Anfang an tat sich die DDR mit ihren jüdischen BürgerInnen sehr schwer. Nur „schweren Herzens“²² mochte man ihnen, den angeblich wehrlosen und unpolitischen

²¹ Vgl. Eberhard KUHRT/Henning VON LÖWIS, Griff nach der deutschen Geschichte. Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR, Paderborn/München/Wien/Zürich 1988, S. 244. (Diese Studie ist allerdings mit Vorsicht zu genießen: Die Autoren sind bzw. waren Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung. Für sie ist, um nur ein Beispiel zu nennen, ein antifaschistischer kommunistischer Widerstandskämpfer, der mit der Roten Armee zusammengearbeitet hat, ein „Verräter“ (S. 206f.). Ihre Kritik an der DDR, Geschichtsschreibung ideologisch zu betreiben und zur Herrschaftssicherung zu benutzen, wirkt damit eher wie der berühmte Steinwurf aus dem Glashaus - wobei sie allerdings (im Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Historiographie) die ihrer Argumentation zugrundeliegende Ideologie nicht offenlegen, sondern sich offenkundig als objektive und ideologiefreie Wissenschaftler verkaufen wollen.).

Opfern des Nationalsozialismus, im Oktober 1945 den offiziellen Status „Opfer des Faschismus“ zugestehen, eine Entschädigung am liebsten gar nicht zahlen. Insbesondere die lange und in scharfer Form geführte Debatte um die Frage der Entschädigung griff dabei eindeutig die vertrauten Klischees vom jüdischen Großkapitalisten auf: „Wenn wir einen Schadensersatz anerkennen, dann stärken wir nur die jüdischen Kapitalisten. [...] Die jüdischen Emigranten gehören nicht zur Arbeiterklasse. [...] Wenn wir einen Kollektivanspruch eines jüdischen Staates anerkennen, dann erkennen wir auch die Ansprüche der Monopole und Trustherren an.“²³ Gemäß dieser Sichtweise, die die Opfer des NS in Klassengenossen und Klassenfeinde aufteilte, enthielt das schließlich doch verabschiedete Wiedergutmachungsgesetz nicht den Anspruch auf Restitution arisierten Eigentums, sondern lediglich eine Art sozialer Fürsorge. Ehemalige Verfolgte, die außerhalb der DDR lebten, wurden ebenso wie eine kollektive Wiedergutmachung, etwa in Form von Zahlungen an den Staat Israel, grundsätzlich ausgeschlossen²⁴. Mit ihrem Selbstverständnis als antifaschistischer Staat entließ sich die DDR selbst sowohl aus der Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs als auch aus der Verantwortung für die Shoah.

Noch deutlicher wurden die Rückgriffe auf antisemitische Argumentationsmuster im Laufe der folgenden Jahre zwischen 1949 und 1953, die ganz im Zeichen stalinistischer Säuberungen standen und ihr Extrem fanden 1952/53 im Gefolge des Prager Schauprozesses gegen Rudolf Slansky, den Generalsekretär des ZK der Tschechoslowakischen Kommunistischen Partei, und das ihn umgebende „Verschwörerzentrum“²⁵. Elf von vierzehn Angeklagten bei diesem Prozeß waren jüdischer Herkunft (was die Anklageschrift ausdrücklich vermerkte!), nur spärlich verschleierte die Idee vom Antizionismus

²² Diese Redewendung benutzte der Vertreter Thüringens bei der Funktionärskonferenz in Leipzig am 27. und 28. Oktober 1945 bezüglich der Aufnahme der rassistisch Verfolgten in den Kreis der „Opfer des Faschismus“, vgl. Olaf GROEHLER, Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, in: Jürgen KOCKA (Hg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 105-127.

²³ Brief Leo Zuckermanns an Paul Merker über die Argumente der Entschädigungsgegner vom April 1948, zit. nach Lothar MERTENS, Die SED und die NS-Vergangenheit, S. 198f., in: Werner BERGMANN/Rainer ERB/Albert LICHTBLAU (Hg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York 1995, S. 194-211.

²⁴ Zum langen Weg bis zur Verabschiedung des Wiedergutmachungsgesetzes vgl. O. GROEHLER, Integration, S. 114-127.

²⁵ Zum Slansky-Prozeß vgl. Wilfriede OTTO, Antizionismus - übergestülptes Feindbild und antisemitische Haltung, S. 96f., in: Mario KEßLER (Hg.), Antisemitismus und Arbeiterbewegung. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert, Bonn 1993, S. 95-119.

die eindeutig antisemitische Argumentation beim Vorgehen gegen die politischen Gegner in den eigenen Reihen.

Die SED reagierte auf den Prozeß mit den „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“, in denen ein krudes Verschwörungsszenario gezeichnet wird: „Unter jüdisch-nationalistischer Flagge segelnd, getarnt als zionistische Organisation und als Diplomaten der amerikanischen Vasallenregierung Israels, verrichteten diese amerikanischen Agenten ihr Handwerk. Aus dem im Prager Prozeß enthüllten ‚Morgenthau-Acheson-Plan‘ geht eindeutig hervor, daß der amerikanische Imperialismus über den Staat Israel seine Spionage - und Diversantentätigkeit mit Hilfe zionistischer Organisationen in den volksdemokratischen Ländern organisiert und durchführt.“ Paul Merker, einem der führenden Befürworter einer umfassenden Entschädigung aller Jüdinnen und Juden, wurde in diesem Papier gar das Ziel einer „Verschiebung von deutschem Volksvermögen“ vorgeworfen.²⁶ Ein knappes halbes Jahr später bezog das ZK der SED noch einmal Stellung zum Slansky-Prozeß und seiner Bedeutung für die DDR. In diesem Beschluß²⁷, der mit seiner minutiösen Auflistung angeblicher Sabotageaktionen (bis hin zu der gezielten Zerstörung von Traktoren einer MTS (= Maschinen-Traktoren-Station) durch eine falsche Treibstoffmischung oder dem Verschieben von Zementsäcken in den Westen) eher grotesk wirkt, ist von „Angriffe[n] auf die Parteien der Arbeiterklasse [...] durch das Einschleusen von bürgerlichen Elementen und allem erdenkbaren Gesindel, wie Trotzlisten, Zionisten, Freimaurern, Verrätern und moralisch-verkommenen Subjekten“ und der „Entlarvung der Rolle der Zionisten als einer imperialistischen Spionagezentrale“²⁸ die Rede.

In Konsequenz dieser offiziellen antizionistischen Position waren die Jahre 1952 und 1953 in der DDR von Prozessen gegen jüdische Parteimitglieder (auch wenn mit dem erwähnten Paul Merker ein nichtjüdischer Kommunist zu einem der Hauptangeklagten wurde), von innerparteilichen Säuberungen und von Repressionen gegen die jüdischen Gemeinden gekennzeichnet. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), in

²⁶ Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky, S. 202 und 206, in: DOKUMENTE DER SED, Bd. IV, Berlin (DDR) 1954, S. 199-219.

²⁷ Über die Auswertung des Beschlusses des Zentralkomitees zu den „Lehren aus dem Prozeß gegen das Verschwörerzentrum Slansky“, in: DOKUMENTE DER SED, Bd. IV, Berlin (DDR) 1954, S. 394-409.

²⁸ Ebd., S. 396 und 404.

der auch zahlreiche Juden und Jüdinnen organisiert gewesen waren, wurde aufgelöst. Zwar gab es im Lande der Shoah nie dezidiert antisemitische Aktionen wie in anderen sozialistischen Ländern - die Vorwürfe stützten sich eher auf die Emigration in kapitalistische Länder während der NS-Zeit²⁹ -, doch antisemitische Untertöne blieben nicht aus und sorgten zu Beginn der 50er Jahre offensichtlich für eine so bedrohliche Stimmung, daß es zu einer jüdischen Massenflucht kam: Zwischen 1950 und 1953 verließen rund die Hälfte aller Juden und Jüdinnen, darunter auch nicht wenige der höchsten Repräsentanten der jüdischen Gemeinden, die DDR³⁰.

Von einem Verschwinden des Antisemitismus kann in der DDR also beim besten Willen nicht die Rede sein. Aber: Antisemitismus und Antizionismus waren in der DDR weniger Selbstzweck als vielmehr Mittel zum Zweck. Die DDR-Politik nahm Juden und Jüdinnen in der Regel nicht unmittelbar wahr, sondern fast immer gefiltert von anderen Zielen und Fragen: seien es klassenkämpferische (Entschädigungen), stalinistisch-dogmatische („Säuberungen“) oder pragmatische (im Nahen Osten schlug sich die DDR auf die Seite der arabischen Staaten und betrieb antiisraelische Politik, weil die BRD Israel unterstützte). Mit dem Ignorieren der besonderen Lebenssituation von Juden und Jüdinnen reihte sich die DDR zwar in eine lange linke Tradition ein, verpaßte damit jedoch - bewußt oder unbewußt - die Gelegenheit zur Korrektur eines der „Grundfehler der Arbeiterbewegung“ (Mario Keßler)³¹.

Zum Schluß...

Der einzige Punkt, an dem der Antifaschismus der DDR wirklich konsequent war, war die Enteignung der Großindustrie und der Junker nach 1945. In allen anderen Bereichen siegte letztlich der Pragmatismus - von einer ehrlichen Aufarbeitung der Vergangenheit

²⁹ Es war ein Spezifikum der sowjetisch besetzten Zone, daß der überwiegende Teil der aus dem Westen zurückkehrenden EmigrantInnen Juden und Jüdinnen waren. Von einer Überprüfung der in kapitalistische Länder emigrierten Parteimitglieder und einer Hierarchisierung der EmigrantInnen im stalinistischen Sinne nach führenden OstemigrantInnen und ideologisch unsicheren WestemigrantInnen betraf daher - ohne dafür unbedingt auf Antisemitismus zurückgreifen zu müssen - vor allem die Jüdinnen und Juden.

³⁰ Vgl. zu dieser Phase Mario KEßLER, Zwischen Repression und Toleranz. Die SED-Politik und die Juden (1949-1967), S. 153-159, in: J. KOCKA, S. 149-167; OTTO, S. 106-108; zur Massenflucht auch O. GROEHLER, Diskussion, S. 84.

³¹ M. KEßLER, Repression, S. 161.

kann in der DDR genausowenig die Rede sein wie in der BRD. Es kann sicherlich diskutiert werden, ob das Weiterleben und die Weiterverwendung chauvinistischer Argumentationsmuster funktionalistisch gedeutet werden muß (zusätzliche Identifikationsangebote für die Bevölkerung neben dem Sozialismus, erleichterte Integration der großen Mehrheit der Bevölkerung, die den NS gestützt hatte) oder ob es den Überzeugungen der Parteiführung entsprach. An der grundsätzlichen Tatsache aber ändert das nichts.

Trotzdem: Die Allgegenwart des antifaschistischen Ideals prägte die DDR-BürgerInnen. Zwar waren sie bestimmt alles andere als überzeugte AntifaschistInnen, doch immerhin war der Anteil von Personen mit konsistentem rechtsextremem Weltbild wenige Jahre nach 1989 laut Richard Stöss nur halb so hoch wie im Westen³².

Für heutige linke emanzipatorische Politik aber bietet der Antifaschismus der DDR keine wirklichen Anknüpfungspunkte. Ihn zu glorifizieren ist Geschichtsklitterung und damit ein Weg, der unweigerlich in die Sackgasse führen muß. Denn, salopp gesprochen: Nicht überall, wo Antifaschismus draufsteht, ist auch Antifaschismus drin (eine Erkenntnis übrigens, die sich auch heute noch anwenden läßt - um AntifaschistIn zu sein, braucht es mehr als den entsprechenden Aufnäher auf der Jacke...).

Wenn es dieser Artikel geschafft haben sollte, eine Diskussion über die Linke und den Antifaschismus der DDR anzuregen, hätte er schon viel erreicht. Er möchte aber gerne noch mehr: Er möchte werben für die Aufarbeitung der DDR-Geschichte aus linker Perspektive, die dringend notwendig ist - zur Bewahrung der eigenen Glaubwürdigkeit genauso wie als Gegengewicht zur herrschenden Lehre, zur Verhinderung von Mythenbildung ebenso wie zum Erhalt linker Werte (wie beispielsweise, aber nicht nur, dem Antifaschismus). Und er will eine beinahe triviale Wahrheit befördern: Es ist weder verboten, noch eine Katastrophe, wenn linke Kritik dieselben Sachverhalte untersucht und verurteilt wie die konservativ-reaktionäre Lehre - entscheidend sind die Argumente, der Weg, die Fragen. Wir würden es nicht nur uns, sondern vor allem unseren GegnerIn-

³² Ein konsistentes rechtsextremes Weltbild macht Stöss dabei an einem mehrdimensionalen Einstellungsmuster von Elementen aus Autoritarismus, Nationalismus, Ethnozentrismus (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Wohlstandschauvinismus), Antisemitismus, pronazistischen Einstellungen und Sexismus fest. (vgl. Richard STÖSS, Rechtsextremismus in einer geteilten politischen Kultur, in: Oskar NIEDERMAYER/Klaus VON BEYME (Hg.), Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 105-139).

nen allzu einfach machen, wenn wir zur bloßen automatischen Gegenposition degenerieren würden.

Joachim Tornau
Burgstr. 48
37073 Göttingen